

# Philosophische Grundlagen und mögliche Entwicklungen der Open-Source- und Free-Software-Bewegung

KARSTEN WEBER

Wie alles in der Welt der Informations- und Kommunikationstechnologie und der Informationsgesellschaften sind die Open-Source- und Free-Software-Bewegung<sup>1</sup> vergleichsweise jung: Ihre historischen Wurzeln liegen in den 1980er Jahren. Nichtsdestotrotz haben sie in kurzer Zeit erhebliche Wirkungen im Bereich der Softwareentwicklung und auf dem Markt für Software erzielt. Gezeigt wurde, dass es möglich ist, hochwertige Programme und ein komplettes Betriebssystem inklusive zahlreicher Anwendungen durch die hoch verteilte Tätigkeit freiwillig zusammenarbeitender Menschen zu entwickeln. Auf dieser Basis ist eine Alternative zu den proprietären Betriebssystemen und Office-Produkten des Quasi-Monopolisten Microsoft entstanden und neue Bewegung in die Softwaremärkte hineingetragen worden.

Die Historie non-propietärer Software ebenso wie Technik, Einsatzmöglichkeiten und Bedeutung für den Softwaremarkt werden in anderen Beiträgen des vorliegenden Bandes kompetent diskutiert; im vorliegenden Text soll auf philosophische Grundlagen quelloffener Software eingegangen und versucht werden, zukünftige Entwicklungen vorwegzunehmen. Allerdings müssen diesem Unterfangen einige Anmerkungen vorangestellt werden, um Fehlinterpretationen zu vermeiden:

1. Insbesondere die Diskussion der philosophischen Grundlagen muss als Rekonstruktion verstanden werden. Es ist plausibel, die quelloffener Software zu Grunde liegenden Ideen mit libertären sowie zum Teil auch kommunitaristischen Positionen der politischen und Sozialphilosophie zu identifizieren, doch muss dies nicht heißen, dass alle Proponenten non-propietärer Software dem zustimmen würden oder sich dieser Hintergründe bewusst wären. Der hier gewählte Zugang ist systematisch orientiert und greift die historische Entwicklung des Libertarianismus nicht auf; stattdessen sollen dessen zentrale Ideen und ihre Verbindung zu quelloffener Software vorgestellt werden.

2. Die Erörterung möglicher Entwicklungen hat den Charakter unsicherer Prognosen. Trotz allem Enthusiasmus der Unterstützer quelloffener Software ist diese in ihren allgemein sozialen Auswirkungen immer noch als marginal zu bezeichnen; Open-Source- und Free-Software-Bewegung als soziale Bewegungen können sich hinsichtlich ihrer Bedeutung zurzeit noch nicht mit Umweltschutz-, Menschenrechts- oder Antiglobalisierungsbewegungen messen. Ob Open Source und Free Software untereinander vergleichbar sind, kann ebenfalls infrage gestellt werden –

---

<sup>1</sup> Andere Bezeichnungen sind „quelloffene“, „freie“ oder „libre software“ (vgl. Robles u.a. 2001, S. 1); Aaron M. Renn (1998) schlägt die Bezeichnung „non-propietäre Software“ vor. Im Folgenden werden „quelloffen“, „frei“ und „non-propietär“ synonym verwendet.

Richard M. Stallman (2001) wirft Open Source ja vor, in erster Linie technologische und nicht soziale Aspekte zu beachten. Wie sie sich entwickeln werden, ist offen.

3. Stellungnahmen zu non-proprietärer Software befinden sich stets in der Gefahr, zu persönlichen Bekenntnissen für oder wider solche Software und der dahinter liegenden Weltanschauungen zu mutieren. Zumindest liegt dieser Eindruck nahe, wenn man die Diskussionen um quelloffene Software aufmerksam verfolgt. Die Form der Auseinandersetzung verstellt oft den Blick auf einige Aspekte non-proprietärer Software, die gerade hinsichtlich ihrer sozialen Bedeutung bedenkenswert und bedenklich erscheinen.

Der Objektivität von Stellungnahmen zu quelloffener Software sind Grenzen gesetzt, sie ist oft von Loyalität oder Gegnerschaft überschattet und Diskussionen zu diesem Thema sind selten emotionslos. Dies gilt es, bei der Lektüre *aller* Texte zu quelloffener Software *immer* zu beachten; zudem ist das bereits eine der Konsequenzen, die aus der Entwicklung non-proprietärer Software gezogen werden sollten: Sachlichkeit, Distanz und größtmögliche Objektivität sind Werte, die in der Diskussion um quelloffene Software häufig erst wieder neu erreicht werden müssen. Das gilt sowohl für Proponenten als auch für Opponenten quelloffener Software.

## 1. Libertäre Grundlagen

Wie andere soziale Bewegungen auch – man denke hier bspw. an die bundesdeutsche Umweltbewegung der 1980er Jahre – sind Open-Source-Gemeinde und Free-Software-Bewegung erheblich durch eine starke Personalisierung von Konflikten gekennzeichnet. In Bill Gates als wichtigstem Vertreter von Microsoft bzw. eines bestimmten Geschäftsmodells bündeln sich die Antipathien gegenüber proprietärer Software; Richard M. Stallman, Eric S. Raymond und insbesondere Linus Torvalds sind hingegen die Lichtgestalten der sozialen Bewegung rund um quelloffene Software. Die Tendenz zur Personalisierung findet eine ihrer Ursachen sicherlich in der Persönlichkeit der „Frontmänner“<sup>2</sup>: Stallman steht für die *Free Software Foundation*, Raymond repräsentiert Open Source und Linus Torvalds hat LINUX ins Leben gerufen. Alle drei besitzen Sendungsbewusstsein, ihre Schriften und Bücher geben davon ein deutliches Zeugnis – übrigens gilt das auch für Bill Gates. Philosophisch und weltanschaulich äußern sich öffentlich vor allem Stallman und Raymond, auch wenn Free Software und Open Source in einer Art von Konkurrenz hinsichtlich der zu Grunde liegenden Weltanschauungen und der sozialen Bedeutung „ihrer“ Bewegungen stehen. Beide bezeichnen sich selbst als „libertär“; um also die Hintergrundphilosophie non-proprietärer Software zu verstehen, kommt man nicht umhin, einen Blick auf libertäres Gedankengut zu werfen.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Non-proprietäre Software ist fast vollständig Männersache (Hertel u.a. 2003, S. 18; Robles u.a. 2001, S. 26).

<sup>3</sup> Wenn hier Stallman und Raymond als „Kronzeugen“ verschiedener Positionen angeführt werden, so soll dies nicht den beschriebenen Hang zur Personalisierung nachvollziehen, sondern ist der Kürze der Formulierungen geschuldet: Open Source als auch Free Software bestehen selbstverständlich nicht nur aus einer Person.

## 1.1 Staatsverständnis und Menschenbild<sup>4</sup>

Der Libertarismus ist weit älter als das Internet, Open Source oder Free Software.<sup>5</sup> Seine Wurzeln liegen im radikal-liberalen Denken und in anarchistischen Ideen, in denen (staatliche) Autorität grundsätzlich abgelehnt wird. Bei Robert Nozick als einem der wichtigsten Vertreter zeitgenössischer libertärer Positionen in der politischen Philosophie ist der Staat auf elementare Aufgaben beschränkt: „[...] a minimal state, limited to the narrow functions of protection against force, theft, fraud, enforcement of contracts, and so on, is justified“ (Nozick 1974, S. IX). Vom Staat, den wir empirisch kennen, bleiben nur die Strafverfolgungsbehörden übrig, das Militär und ein Rumpffinanzapparat, der die Mittel für die zwei erstgenannten Institutionen eintreibt. Dieser Minimalstaat ist ein „Nachtwächterstaat“ (vgl. Nozick 1974, S. 26), der dafür sorgt, dass das Miteinander der Menschen nach Recht und Gesetz abläuft, der innere und äußere Bedrohungen abwehrt, sich aber ansonsten aus dem öffentlichen und privaten Leben seiner Bürger völlig heraushält.

Dass nur der Minimalstaat moralisch und politisch legitimiert ist, wird von Libertären durch die Annahme eines vorstaatlichen Zustandes und der Entstehung des Staates aus diesem verdeutlicht. Dabei ist der so genannte „Naturzustand“, auf den bspw. Nozick rekurriert, dem von John Locke im „Second Treatise“ im 2. Kapitel „Of the State of Nature“ (2000) beschriebenen Zustand ähnlich und nicht dem „Krieg aller gegen alle“, wie er von Thomas Hobbes im „Leviathan“ (1992; vgl. Baurmann 1994, S. 105) angeführt wird. Das bedeutet, dass der Naturzustand als vergleichsweise friedlich verstanden wird – der „[...] beste [...] staatsfreie [...] Zustand, auf den man vernünftigerweise hoffen kann“ (Nozick ohne Jahr, S. 20). Locke (§6) formuliert, dass jedem Menschen bestimmte Rechte natürlicherweise zukämen: „And Reason, which is that Law, teaches all Mankind, who will but consult it, that being all equal and independent, no one ought to harm another in his Life, Health, Liberty, or Possessions.“ Rechte müssen aber auch geschützt werden können. Im Naturzustand, vor jeder Entstehung eines Gemeinwesens oder Staats, müssen und dürfen die Menschen das Recht in die eigene Hand nehmen (§7): „[...] every one has a right to punish the transgressors of that Law to such a Degree, as may hinder its Violation.“ Da Selbstjustiz aber zu Problemen führen kann – vor allem zu übertriebenen und falschen Strafen, die Racheakte nach sich ziehen können –, muss hier eine andere Lösung gefunden werden: der Staat als Agentur, die die Rechte der Menschen schützt. Diese Agentur kommt dadurch zustande, dass sich Menschen zunächst zu „Schutzbündnissen“ zusammenfinden, diese dann privatwirtschaftlich organisiert werden und zuletzt jenes Schutzbündnis, das in der Konkurrenz mit anderen am erfolgreichsten war, auf einem Territorium das eigene Gewaltmonopol durchsetzt. Damit ist der libertäre Minimalstaat entstanden (Nozick 1974, S. 113 ff.).

<sup>4</sup> Abschnitt 1.1 und 1.2 basieren auf Teilen meiner Habilitation „Informationelle Grundversorgung und Eingriffsfreiheit. Der Zugang zu Informationen aus der Perspektive politischer Philosophie“, die am 11. Juni 2003 an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) zur Begutachtung angenommen wurde.

<sup>5</sup> Eine Übersicht zum libertären Gedankengut und seiner historischen Entwicklung bietet Peter Mühlbauer (TP 2000) in seiner Artikelserie im Online-Magazin „Telepolis“.

Der Minimalstaat ist aus libertärer Sicht moralisch legitimiert, weil er auf freien Übereinkünften freier Menschen basiert. Deren Ziel war nicht, so die Annahme, einen Staat zu gründen, sondern Maßnahmen zu ergreifen, um sich jeweils selbst zu schützen. Der Staat als Minimalstaat ist dabei gleichsam als Randerscheinung entstanden – durch das Wirken der so genannten „Unsichtbaren Hand“ (Nozick 1974, S. 18 ff.). Da der einzige Zweck des Staates ist, die Rechte der Bürger zu schützen, darf er keine Schritte unternehmen, in die Rechte einer Person einzugreifen, solange nicht die Rechte anderer Personen beeinträchtigt werden. All das, was wir heute empirisch als staatliche Aufgaben (an-)sehen, ist aus libertärer Sicht moralisch und politisch illegitim. Dies gilt insbesondere für alle Umverteilungsmaßnahmen, mit denen ökonomische Unterschiede zwischen Bürgern eines Staates ausgeglichen werden sollen.

## 1.2 Eigentum

Ausgangspunkt für diese Sicht ist das Konzept des Selbsteigentums. Es wird der Anspruch erhoben, dass jede Person sich selbst besitzt und vollständig über den eigenen Körper bestimmen kann bzw. niemand ein Recht besitzt, in dieses Selbsteigentum einzugreifen (Nozick 1974, S. 26 ff.; Wolff 1991, S. 7 f.; vgl. Gorr SPP 1995; Morimura ARSP 1993). Angelehnt ist das an Kants zweiter Ableitung des kategorischen Imperativs (GMS, S. 429): „Handle so, dass du die Menschheit, sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“

Wenn man das Selbsteigentum nicht anerkennen würde, wäre es möglich, zur Steigerung des Wohls der größten Zahl oder zum Zwecke der Herstellung von Gleichheit, dass andere Personen oder der Staat auf den Körper einer Person Zugriff nehmen dürften. Wolff (1991, S. 7f.) macht das mit folgendem Beispiel klar: Man nehme an, dass es eine zu 100% sichere Methode der Augentransplantation gäbe; es wäre also möglich, zwischen Personen Augen zu tauschen, sodass diese im neuen Körper ohne Einschränkungen funktionieren würden. Ohne Zweifel könnte man nun das Wohl von Blinden steigern, wenn ihnen wenigstens ein sehendes Auge implantiert würde. Dafür aber benötigte man Spender. Was aber, wenn mehr Blinde als freiwillige Spender existierten? Soll Zwang ausgeübt werden? Nozick (1974, S. 32) beantwortet dies mit Kant strikt negativ, denn es bedeutete, einen Menschen zum Mittel zu degradieren.

Eigentum bedeutet für Libertäre also, andere von der Nutzung von Gütern auszuschließen oder doch ihre Möglichkeiten zur Nutzung einzuschränken bzw. dem Eigentümer das Recht einzuräumen, frei über die Verwendungsweise zu entscheiden. Nozick (1974, S. 174 ff.) geht in seiner Begründung gerechten Eigentums auf Locke (kritisch Ryan SPP 1994, S. 247f.) und dem eigenen Argument des Selbsteigentums zurück. Locke formuliert in § 27 und den darauf folgenden Paragraphen des „Second Treatise“, dass zunächst die Arbeit ihres Körpers jeder Person selbst gehöre. Arbeit jedoch wird an etwas verrichtet. Dadurch, dass nun die Arbeit und die Dinge der Welt gleichsam vermischt würden, erwerbe die arbeitende Person einen Eigentumsanspruch an dem Bearbeiteten. Dabei sei es nicht notwendig (§28), dass andere Personen der Aneignung zustimmten, sofern sich nur jene materiellen Din-

ge, die durch die Arbeit angeeignet werden sollen, nicht schon im Besitz einer anderen Person befänden. Die Dinge, die auf solche Weise in Besitz genommen werden können, sind im Grunde alle materiellen Körper außer Menschen, da diese Eigentum an sich selbst besitzen. Nozick fügt eine Bedingung hinzu, die erfüllt sein müsse, damit die Aneignung gerecht sei (1974, S. 178), die unter der Bezeichnung „Lockes Proviso“ bekannt ist (vgl. Jasay A&K 1999, S. 161 ff.; Leist 2003, S. 26; Mack SPP 1995): Durch die Inbesitznahme dürfe niemand schlechter gestellt werden als vorher. Das heißt, dass bspw. im Fall einer Landnahme jene, die vorher ihren Lebensunterhalt durch Sammeln von Früchten auf diesem Land bestritten haben, durch irgendwelche kompensatorischen Maßnahmen entschädigt werden müssen. So könnten sie nun als Beschäftigte des Landbesitzers arbeiten (Beispiel aus Kymlicka 1997, S. 114 ff.; vgl. Kern 2001, S. 200f.). Würden sie dadurch materiell nicht schlechter gestellt als vor der Landnahme, so wäre diese nach Nozick gerecht.<sup>6</sup> Lockes Proviso geht allerdings über Nozicks Konzeption hinaus, denn dort gilt, dass die Aneignung eines Gutes nur dann legitim ist, wenn allen anderen Menschen von diesem Gut genügend übrig bleibt (Kern 2001, S. 200).

### 1.3 Anwendung und Rekonstruktion

Interessanterweise ziehen Stallman und Raymond aus ihrem Bekenntnis zu libertären Ideen unterschiedliche Konsequenzen. Stallman ist der Ansicht, dass Eigentum an Informationen oder Wissen – und Software gehört für ihn dazu – illegitim sei: „Information wants to be free“ (vgl. Stallman 1992). Dies könnte so rekonstruiert werden, dass er mit Locke der Ansicht ist, dass die Inbesitznahme von Informationen und damit die alleinige Verfügungsgewalt über sie dazu führen müsse, dass in der Folge für alle anderen Menschen ein eklatanter Mangel entstände. Tatsächlich kann man dieses Argumentationsmuster bei einer Reihe von Autoren finden, bspw. bei Helmut F. Spinner (z.B. Spinner 1994; Spinner 2002) oder Volker Grassmuck (z.B. Grassmuck 2002). Beide argumentieren, dass die gemeinsame Nutzung von Informationen und Wissen einen für die Allgemeinheit größeren Nutzen erzeuge als die exklusive Verwendung durch einzelne Personen oder Institutionen. Damit lehnen sie sich am so genannten CUDOS-Modell des Wissenschaftskommunismus an, das von Robert K. Merton (1985, S. 86 ff.) entwickelt wurde. Im Umkehrschluss führt die exklusive Nutzung zu einem Schaden oder Mangel.

Man kann aber auch an einem anderen Punkt einhaken, um freie Software zu legitimieren (vgl. Raymond 2000a, S. 8 ff.). Denn im libertären Gedankengebäude nimmt Eigentum einen hohen Stellenwert in der Werteskala ein; Eigentumsrechte werden bei Nozick und anderen Libertären absolut gesetzt – wurde ein Gut moralisch legitim erworben, entweder durch Erstaneignung eines herrenlosen Guts oder durch fairen Tausch, darf niemand in dieses Eigentumsrecht eingreifen. Erwirbt also eine Person ein Computerprogramm, so erwirbt diese Person das Recht, alles damit zu tun, was sie will. Dies könnte so gedeutet werden, dass jeder Mensch, der

---

<sup>6</sup> Nozick (1974, S. 141, 181f.) nimmt auch Stellung zur Frage von Patenten; sie sind nach seiner Meinung unter bestimmten Bedingungen durchaus moralisch legitimiert. Das widerspricht wiederum der im Bereich non-proprietärer Software weit verbreiteten Ablehnung von Softwarepatenten und vergleichbaren Regelungen für geistiges Eigentum.

Software moralisch legitim erworben hat, diese verkaufen, verschenken, durchschauen und verändern darf. Hier unterscheiden sich Stallman und Raymond in ihrer Interpretation dessen, was sie „libertär“ nennen. Raymond (2000a, S. 3 ff.) lässt durchaus zu, dass Software im üblichen Sinne ein handelbares Gut ist, dessen Nutzung durch Lizenzverträge eingeschränkt werden kann – Software kann also auch proprietär sein. Dies wiederum kann daraus abgeleitet werden, dass Vertragspartner völlig frei sind, die Bedingungen eines Tauschs – bspw. Geld gegen Software – auszuhandeln. Bestandteil solcher Bedingungen kann eben auch sein, nicht auf den Quellcode zugreifen oder das Programm nicht weitergeben zu dürfen. Nur ist Raymond der Ansicht, dass dies letztlich ineffizient sei und nicht den tatsächlichen Bedingungen der Softwareerstellung entspräche (vgl. Raymond 2000b, S. 4 ff.); die Entscheidung für freie Software sieht er in ihren Vorteilen gegenüber proprietärer Software begründet (vgl. O’Reilly TP 1999), nicht in irgendwelchen letztinstanzlichen Grundsatzentscheidungen. Stallman und andere Autoren (z.B. Renn 1998) hingegen argumentieren, dass Software grundsätzlich frei sein solle, weil der freie – nicht notwendig kostenlose – Austausch von Software ein Akt der Solidarität und Kooperation sei, ohne den Gesellschaften nicht wirklich funktionierten (Stallman TP 1999).

Stallman betont immer wieder, dass „frei“ nicht „kostenlos“ bedeute (Stallman 2003). Den Schritt, alle Güter zu sozialisieren, vollzieht er ausdrücklich nicht. Dies bleibt anderen Autoren überlassen, die in quelloffener Software einen Beitrag hin zu einem Marxismus bzw. Kommunismus sehen (bspw. Söderberg FM 2002).<sup>7</sup> Bei allen Unterschieden kann man Raymond und Stallman jedoch darin einig sehen, dass sie gesetzliche Regelungen wie Urheberrechte oder Softwarepatente ablehnen, weil sie moralisch illegitime Eingriffe des Staates in die Eigentumsrechte der Bürger darstellen (Stallman Upgrade 2001; Stallman 2002). Dies steht allerdings im klaren Gegensatz zu libertären Autoren wie Nozick.<sup>8</sup>

## 2. Kommunitaristische Aspekte

Obwohl bei wichtigen Vertretern der Open-Source- und Free-Software-Bewegung libertäre Elemente im Vordergrund stehen und damit vor allem die Rechte der je einzelnen Person ins Blickfeld gerückt werden, finden sich auch andere Elemente sozialphilosophischer Positionen wieder. Anarchistische, marxistische und kommunistische Aspekte waren bereits angesprochen worden. Im Folgenden soll aber ein Gesichtspunkt thematisiert werden, der in der Diskussion der politischen und Sozialphilosophie den libertären Gedanken diametral gegenüber steht. Libertarianismus und Anarchismus lassen sich durchaus vereinigen – der Anarcho-Syndikalismus Noam Chomskys könnte als Beispiel genannt werden. Dass sich aber in der Gedankenwelt der Vertreter non-propietärer Software kommunitaristische und libertäre Aspekte berühren und zusammengehen, ist ungewöhnlich. Um dies besser verste-

---

<sup>7</sup> Siehe bspw. auch viele Texte zu den Oekonux-Konferenzen, in denen sich anarchistische, libertäre und marxistische Ideen mischen (<http://www.oekonux-konferenz.de/dokumentation/texte/index.html>, Stand 07/2003).

<sup>8</sup> Vgl. Fußnote 6.

hen zu können, müssen zunächst einige kommunitaristische Grundideen verdeutlicht werden.

## 2.1 Ursprünge<sup>9</sup>

Die kommunitaristische Debatte ist vergleichsweise jung; sie gewann ihren Einfluss auf die Diskussionen der politischen Philosophie und die alltägliche Politik erst in den 1980er Jahren, ausgehend vor allem von den USA und Kanada (vgl. Reese-Schäfer 1994, S. 7). Allerdings wird von Kommunitaristen – in der Literatur findet sich auch die Bezeichnung „Kommunitarier“ – nicht im luftleeren Raum oder ahistorisch gedacht: Sie greifen durchaus auf klassische Autoren zurück – Martha C. Nussbaum (1999; vgl. Nussbaum 2000, S. 89 ff.; Sturma 2000) bspw. gründet ihre politische Philosophie auf Aristoteles, andere machen Anleihen bei Rousseau, Hegel oder Tocqueville (Forst 1995, S. 181f.; vgl. Rorty 1992, S. 236f.) Gleichzeitig greifen Kommunitaristen in ihren Texten sehr häufig, wie Reese-Schäfer (1994, S. 8) bemerkt, auf „[...] den Appell an eingelebte Verhaltensweisen und Traditionen – vor allem an Traditionen des Protests und der Reform wie die amerikanische Bürgerrechtsbewegung“ zurück. Sie sehen ihre Aufgabe in erster Linie darin, Kritik an bestehenden politischen Verhältnissen zu äußern: „Communitarians clearly detest much of our contemporary society.“ (Frohen 1996, S. 59). Insoweit ist ihr Anliegen praktisch ausgerichtet; wo sie theoretisch arbeiten, kritisieren sie meist liberale und libertäre Theorien, jedoch immer mit Bezug auf konkrete Beispiele, häufig auch mit empirisch-sozialwissenschaftlicher Herangehensweise (vgl. Erben 2000, S. 134; Rössler 1994, S. 74; Walzer 1992).

## 2.2 Kritik an der libertären Konzeption der Person

Dem libertären Denken liegt ein bestimmtes Menschenbild zu Grunde. Amitai Etzioni (1990, S. 10) charakterisiert es mit folgenden Worten – wobei er „libertär“ im folgenden Zitat mit „neoklassisch“ übersetzt:

At the core of the neoclassical paradigm is the assumption that freestanding individuals are the decision-making unit, the actor. This is much more than a working hypothesis; it is an article of faith grounded in a deep commitment to the value of liberty. Neoclassicists argue that if one assumes that the preferences of individuals can be manipulated or changed by social forces, one undermines the foundation of liberty – the notion that each individual is able to render decisions on his own.

Diese Charakterisierung der völlig autonomen Person wird besonders deutlich bei Nozick als paradigmatischen Vertreter des Libertarianismus. Taylor (1996, S. 202; vgl. Mulhall und Swift 2002, S. 111 f.) beschreibt die libertäre<sup>10</sup> Sicht mit einer Organ-Metapher: „Die Anhänger dieser Denkrichtung sind anzunehmen geneigt, wir hätten ein Selbst in der gleichen Weise, in der wir Herz und Leber haben, nämlich als ein interpretationsfrei gegebenes Etwas.“ Doch Kommunitaristen wie Etzioni (1990, S. 10) sind der Meinung, dass diese Konzeption der Person sowohl normativ

<sup>9</sup> Die beiden folgenden Abschnitte zu den Grundlagen des Kommunitarismus basieren wiederum auf Teilen meiner Habilitation. Vgl. Fußnote 4.

<sup>10</sup> Der Einfachheit halber wird hier die kommunitaristische Gleichsetzung von Libertarianismus und Liberalismus übernommen, ohne damit zu implizieren, dass dies adäquat wäre.

als auch deskriptiv nicht haltbar sei und verweisen auf sozialwissenschaftliche und psychologische Erkenntnisse, die zeigten, dass gerade jene Individuen, die in einen stabilen gesellschaftlichen Kontext mit funktionierenden Normen und Werten eingebunden sind, weitaus besser ihr Leben gestalten und die dabei notwendig werdenden Entscheidungen treffen könnten (ebd.). Außerdem formuliert er, dass eine Ansammlung von Menschen – von Gesellschaft wäre in diesem Fall eher nicht mehr zu sprechen –, die über keine gemeinsamen Werte und Normen mehr verfüge, am stärksten den Gefahren von diktatorischen und totalitären Tendenzen ausgesetzt sei. Freiheit, so seine These, ließe sich am besten in einer intakten Gesellschaft sichern, da es durch die geteilten Normen und Werte Orientierungspunkte für das eigene Handeln und für die Bewertung des Handelns anderer gäbe (ebd.).

Doch diese Freiheit und Identität ist eben nicht mehr diejenige der Libertären. Die freien Menschen Etzionis bzw. der Kommunitaristen sind jene, die in eine Gesellschaft eingebettet, die darin aufgewachsen und durch sie geprägt sind. Kommunitaristen sind überzeugt, dass „the identity of the autonomous, self determining individual requires a social matrix, one for instance which through a series of practices recognizes the right to autonomous decision and which calls for the individual having a voice in deliberation about public action.“ (Taylor 1992, S. 209). Das rationale und freie Individuum sprieße nicht einfach aus dem Boden wie Pilze nach dem Regen, sondern es bedürfe der Gemeinschaft, ihres Schutzes, ihrer Werte und ihrer Normen, um überhaupt autonom werden zu können. Kymlicka (1997, S. 181) fasst die Unterschiede zwischen Liberalen und Kommunitaristen so zusammen: „In liberaler Sicht verlangt die Frage des guten Lebens ein Urteil darüber, was für ein Mensch wir werden möchten; in kommunitaristischer Sicht müssen wir herausfinden, wer wir schon sind.“ Für Kommunitaristen ist das liberale Bild von Personen jenes vom „frei schwebenden Ich“ bzw. „ungebundenen Selbst“, das ohne Bindungen seine Lebenspläne entwickelt (vgl. Sandel 1995). Dem stellen sie die immer schon gegebene Einbettung der Person in soziale Praxen, Normen und Werte und Lebensziele entgegen.

Dies hat Konsequenzen für die normativen Ansprüche an den Staat; Kommunitaristen haben weiter gehende Ansprüche als Libertäre. Er soll Verteilungsgerechtigkeit herstellen und ist deshalb berechtigt, Güter umzuverteilen und somit in die Eigentumsrechte der Bürger einzugreifen. Umverteilung soll durch Transferleistungen an sozial Schwächere und durch die Finanzierung öffentlicher Dienste erreicht werden, sofern dies dazu beiträgt, das Gemeinwohl zu erhalten und die geteilten Normen und Werte zu befördern. Der Staat darf und soll Mittel, die von den Mitgliedern der Gesellschaft aufgebracht werden müssen, dazu nutzen, Museen, Theater oder auch öffentlich finanzierte Forschung bzw. allgemeine Dienstleistungen kultureller Art zu unterstützen. Solche Einrichtungen sollen unabhängig vom Markt, und damit einer Nachfrage, existieren. Kommunitaristen argumentieren „Gegen die Tyrannei des Marktes“ (Bellah u.a. 1994), weil dieser ihrer Ansicht nach die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen zerstöre und zudem auf lange oder sogar schon mittlere Sicht die Freiheitsräume der Menschen viel stärker einenge, als dies bei einem regulierten Marktgeschehen der Fall wäre. Sie wollen also gerade durch



bestimmte Limitierungen der individuellen Freiheit sowohl das Gemeinwohl stärken als auch die individuelle Freiheit retten. Kommunitaristen stehen großen Unternehmen – zumal multinationalen – mehr als skeptisch gegenüber, da diese ihrer Meinung nach keine gesellschaftlichen Verpflichtungen wahrnehmen.

### 2.3 Anwendung und Rekonstruktion

Nach dem bisher Gesagten ist eigentlich zu erwarten, dass Vertreter quelloffener Software industrie- und unternehmensfern agierten; Ähnliches gilt für die Distanz zu Regierungen bzw. staatlichen Institutionen. Tatsächlich aber wird sehr bewusst die Nähe und Unterstützung sowohl von Unternehmen als auch von staatlichen Institutionen gesucht (Quirós und González-Barahona Upgrade 2001, S. 7; auf europäischer Ebene siehe Esteban Upgrade 2001). Zudem sind Firmen wie Suse oder Red Hat selbst inzwischen zu nicht ganz unwichtigen Mitspielern auf dem Softwareparkett avanciert. Besonders interessant ist jedoch das Engagement von IBM; allein im Jahr 2001 hat dieses Unternehmen rund eine Milliarde Euro in LINUX und Open-Source-Software investiert (Robert und Schütz Upgrade 2001, S. 16). Die Anlehnung vieler Anhänger non-proprietärer Software an IBM ist insofern bemerkenswert, als dass dieses Unternehmen selbst lange Zeit als Quasi-Monopolist verrufen war und Antitrust-Prozesse über sich hat ergehen lassen müssen – das Gedächtnis von rebellischen Bewegungen ist vielleicht prinzipiell kurz. Neben der Anlehnung an Unternehmen ist die Suche nach Kontakt zu staatlichen Institutionen zurzeit gut in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten. Vertreter der Open-Source-Gemeinde haben sich sehr aktiv dafür eingesetzt, dass quelloffene Software in öffentlichen Verwaltungen eingesetzt wird. Im Deutschen Bundestag wurde ein Teilerfolg errungen, denn die Server sollen in Zukunft mit LINUX betrieben werden.<sup>11</sup> In München konnte ein erheblicher Erfolg verbucht werden, als vom Stadtparlament entschieden wurde, die gesamte Stadtverwaltung mit LINUX auszustatten.<sup>12</sup>

Die Orientierung an Unternehmen wie IBM steht zumindest im Gegensatz zu den libertären Ansichten à la Stallman, da er ausdrücklich aus der gewinnorientierten und proprietären Softwareproduktion ausgestiegen ist. Für die Gemeinwohlorientierung hingegen wäre die Bereitschaft von IBM, an der Produktion eines Kollektivguts mitzuarbeiten, positiv. Dies gilt ebenso für die Unterstützung durch staatliche Institutionen; diese sind aus kommunitaristischer Sicht heraus moralisch sogar verpflichtet, Ressourcen für die Produktion von öffentlichen Gütern wie quelloffene Software bereitzustellen.

Pekka Himanen hat in seinem Buch „The Hacker Ethic and the Spirit of the Information Age“ (2001), wenn auch nicht explizit, so doch sehr deutlich auf kommunitaristische Ideen zurückgegriffen. Dort wird ein wesentliches Motiv für die Arbeit an quelloffener Software darin gesehen, soziale Bestätigung durch andere zu gewinnen. Himanen weitet diese Hackerethik auch auf andere Lebens- und Berufsbereiche aus; so propagiert er bspw. in der Lehre an Schulen und Universitäten eine ge-

---

<sup>11</sup> Die Anwendercomputer werden weiterhin mit einem Microsoft-Betriebssystem ausgestattet (vgl. Krempl TP 2002). Allerdings sieht es so aus, als ob auch hier Änderungen zu erwarten sind, siehe <http://www.ftd.de/tm/hs/1014399252374.html?nv=nl>, Stand 08/2003.

<sup>12</sup> Siehe [http://www.muenchen.de/aktuell/ms\\_linux.html](http://www.muenchen.de/aktuell/ms_linux.html), Stand 08/2003.

meinschaftliche und keine individuenzentrierte Ausbildung. Allgemeiner gesprochen finden sich in vielen Äußerungen der Unterstützer quelloffener Software stark gemeinwohlorientierte Ideen. Auch die Orientierung an einem Feindbild zur Erzeugung einer Norm und von sozialer Kohäsion, die das Produzieren von Software leiten soll, hat kommunitaristische Züge. Doch vieles bleibt widersprüchlich: Die Ablehnung von Autorität und die gleichzeitige fast schon als Vergötterung zu bezeichnende Personalisierung; die gewinnorientierten Unternehmen im Bereich quelloffener Software und die zuweilen utopisch anmutenden Ansichten zu Gemeineigentum; die Suche nach persönlicher Freiheit und eigener Regelsetzung und die teils als sektiererisch zu nennende Gruppenbildung. In ihrer Vielschichtigkeit und Heterogenität scheint die soziale Bewegung rund um quelloffene Software der frühen Umweltbewegung der 1980er Jahre vergleichbar. Sie ist nicht konsolidiert, durch Flügelkämpfe geprägt und wird möglicherweise noch eine Reihe von Transformationen und Abspaltungen erleben. Davon soll nun die Rede sein.

### 3. Eine mögliche Zukunft

Non-proprietäre Software erfährt zurzeit eine erhebliche Unterstützung; dies gilt sowohl für die Entwicklergemeinde als auch für Unternehmen und Institutionen. Für jene, die in der Zukunft entscheiden müssen, ob sie proprietäre oder non-proprietäre Software einsetzen, unterstützen oder entwickeln sollen, wäre es sicherlich hilfreich, einen Blick in die Zukunft werfen zu können. Unternehmen und Institutionen sind in hohem Maße abhängig von der Effektivität und Effizienz der von ihnen eingesetzten Hard- und Software; die Entscheidung für oder wider ein bestimmtes Produkt hat also weit reichende Konsequenzen. Auf den Ist-Zustand können sich Entscheider aber nicht verlassen, sie benötigen einigermaßen verlässliche Prognosen für die Zukunft. Nun sind Prognosen, die soziale Phänomene betreffen, notorisch ungenau und meist sogar unmöglich. Dies gilt ohne Zweifel auch für Aussagen über die Zukunft quelloffener Software. Ist man ihr positiv zugetan, so liegt es auf der Hand, eine blühende Entwicklung vorauszusagen und vielleicht sogar so weit zu gehen, den Tod proprietärer Software zu prognostizieren. Dies allerdings bedeutete, die Augen vor einigen Realitäten zu verschließen. Das folgende Szenario ist im Grundton zweifelsohne negativ; es muss so nicht eintreten, aber die Zukunft quelloffener Software könnte so aussehen. Jedenfalls ist es kein Naturgesetz, dass non-proprietäre Software für alle Zeiten zum Vorteil aller Menschen auf dieser Welt beitragen wird.

Non-proprietäre Software kann nicht einfach durch Unternehmen, Institutionen oder einzelne Personen vereinnahmt werden, da sie durch Lizenzen wie der *General Public License* (GPL) u. ä. abgesichert ist – auch wenn zurzeit genau dies angezweifelt wird (vgl. Spindler 2003).<sup>13</sup> Der derzeitige Bestand quelloffener Software wird also

<sup>13</sup> Durchaus interessant ist, dass laut einer Meldung der *c't* (Ausgabe 17/2003, S. 52) „[...] viele der vom VSI vorgebrachten Punkte für Anwender unkritisch sind, da die GPL nur relevant sei, wenn man die Software verändern und weiterverbreiten will.“ Hier wird mehr oder minder stillschweigend eine Trennung zwischen Anwendern und Entwicklern vollzogen, die für quelloffene Software eher bedenklich erscheint. Außerdem könnte in dieser Formulierung das Eingeständnis liegen, dass die Rechtssicherheit quelloffener Software doch nicht so hoch ist, wie oft propagiert wird.

auch in Zukunft im freien Zugriff bleiben – wobei „frei“, wie Richard Stallman immer wieder zu Recht betont, nicht mit „kostenlos“ übersetzt werden darf. Die Existenz non-proprietärer Software ist einem gemeinsamen Ziel geschuldet, dass nicht zuletzt oder gar in erster Linie durch die Gegnerschaft zu einem bestimmten Unternehmen oder auch einem Geschäftsmodell geprägt ist. Hinzu kommen allgemeine weltanschauliche Aspekte, wie sie oben beschrieben wurden: Gemeinwohlorientierung, bestimmte Auffassungen von Freiheit, Ablehnung von Autorität oder die Suche nach neuen Formen der Kooperation. Beide Motivkomplexe haben es ermöglicht, leistungsfähige Software zu produzieren, die nun auch von Unternehmen eingesetzt und unterstützt wird. Gerade aber hierin liegt eine große Gefahr für quelloffene Software, da dieser Erfolg beiden Motivkomplexen entgegensteht. Denn die Unterstützung kommerzieller Ziele mithilfe non-proprietärer Software scheint zunehmend in den Vordergrund zu rücken, dies zeigen viele Meldungen in Fachzeitschriften oder auch entsprechende Bücher (bspw. Fink 2002; Moody 2001; Young, Goldman Rohm 2000).

Wenn ein wesentlicher Teil der (Weiter-)Entwicklung quelloffener Software durch Unternehmen und für deren Interesse betrieben würde, so könnte dies bewirken, dass die Unterstützung der Entwicklergemeinde schwindet, da hier der Eindruck entstehen könnte, gerade das zu unterstützen, was man emotional und weltanschaulich ablehnt. Das verbindende Ziel der Unterstützer non-proprietärer Software ginge verloren, damit einhergehend auch die Motivation, entsprechende Software zu entwickeln, und letztlich auch die Entwicklerbasis, die die ungewöhnlich schnelle und effektive Produktion erst möglich gemacht hat. LINUX im Speziellen und non-proprietäre Software im Allgemeinen teilten dann das Schicksal von UNIX. Neue Entwicklungen fänden für die Plattformen der unterstützenden Unternehmen und Institutionen statt, quelloffene Software wäre nun ihrem Charakter nach ... tot.

Zu der Gefahr des Todes durch Erfolg kommt die starke Personalisierung; um quelloffene Software zu unterstützen, bedarf es ganz offensichtlich Identifikationsfiguren: positive wie Linus Torvalds, negative wie Bill Gates. Gerade hierin liegt aber eine wesentliche Schwäche non-proprietärer Software, denn Identifikationsfiguren können ihre Symbolkraft verlieren – Torvalds, Raymond und Stallman werden schließlich auch älter. Es ist durchaus denkbar, dass sie die zumeist jüngeren Enthusiasten (vgl. Robles u.a. 2001, S. 25) der Open-Source- und Free-Software-Bewegung irgendwann nicht mehr ansprechen werden können. Die allgemeine demografische Entwicklung in den meisten Industrieländern – aus denen die erdrückende Mehrheit der Entwickler stammt (vgl. Robles u.a. 2001, S. 14 ff.) – tut ein Übriges: Die personelle Basis für die Entwicklung quelloffener Software bricht (gar nicht so) langsam, aber sicher weg, wenn es nicht gelingt, nicht nur junge Menschen als Entwickler zu gewinnen.

#### 4. Fazit

Quelloffene Software stellt für die existierende Softwareindustrie technisch und ökonomisch eine Herausforderung dar (vgl. Wheeler 2003), ihre Produktionsweise

ist organisationssoziologisch mehr als interessant. Gleichzeitig aber ist die soziale Bewegung, die sich rund um quelloffene Software gebildet hat, sowohl in ihren Zielen als auch in ihren weltanschaulichen Grundlagen als sehr heterogen zu bezeichnen. Zurzeit ist völlig unklar, wie sich diese Bewegung in Zukunft entwickeln wird. Wichtig für all jene, die über den Einsatz, die Unterstützung oder auch Entwicklung quelloffener Software zu entscheiden haben, ist, dass es keine Garantie für eine positive Zukunft geben kann. Soziale Bewegungen sind keine Unternehmen – sie sind kaum berechenbar in ihrem Verhalten und in ihren Wandlungen, da ihre Existenzgrundlage in weltanschaulichen Überzeugungen liegt, die in vieler Hinsicht irrational sind oder doch zumindest der Klarheit ökonomischer Rationalität ermangeln. Die Selbstbindung von Unternehmen ist eindimensional: Gewinnerzielung. Die Selbstbindung der Bewegung rund um quelloffene Software ist multidimensional: z.B. Gemeinwohlorientierung, Freiheit, utopische Weltentwürfe, Autoritätsferne, Gegnerschaft, Gefolgschaft, Sendungsbewusstsein, Technikbegeisterung oder Neugier. All diese Motive sind in vielerlei Hinsicht interpretierbar, wandelbar, unständig und widerspruchsvoll – und daher in ihrer Wirkung und Entwicklung kaum vorhersehbar.

Bei allen kritischen Worten aber bleibt festzuhalten: Quelloffene Software, ihre Produktionsweise und die dahinter liegenden philosophischen und weltanschaulichen Grundüberzeugungen stellen eine bedeutende *soziale* Herausforderung nicht nur für Unternehmen, sondern für ganze Informationsgesellschaften dar. Denn sie hinterfragt eine ökonomische Rationalität, die zunehmend als absolut und als einzige Variante des rationalen Handelns von Individuen und Gesellschaften dargestellt wird. Dies – ähnlich wie bei anderen sozialen Bewegungen – macht sicherlich ihre Attraktivität für viele – in erster Linie junge – Menschen aus. Hinsichtlich ihres Charakters als soziale Bewegung ist quelloffene Software gerade durch die Heterogenität der zu Grunde liegenden Motive ihrer Unterstützer so leistungsfähig; hinsichtlich der Verlässlichkeit ihrer (Weiter-)Entwicklung kann darin aber das wesentliche Manko gesehen werden. Beides – so meine Prognose – wird sich in der Zukunft nicht vereinbaren lassen.

## Literatur

- Baurmann, Michael (1994): *Die plötzliche Rückkehr der Wirklichkeit*, in: Geschichte und Gegenwart, Ausgabe 2 S. 103–112.
- Bellah, Robert N. / Madsen, Richard / Sullivan, William / Swidler, Anne / Tipton, Steve M. (1994): *Gegen die Tyrannei des Marktes*, in: Zahlmann, Chr. (Hg.): *Kommunitarismus in der Diskussion*, Hamburg, S. 57–73.
- Erben, Friedrun (2000): *Gemeinschaftlichkeit und Gerechtigkeit*, in: Beckmann, Kl. / Mohr, Th. / Werding, M. (Hg.): *Individuum versus Kollektiv*, Frankfurt am Main, S. 131–156.
- Esteban, Juan Jesús Muñoz (2001): *European Initiatives Concerning the Use of Free Software in the Public Sector*, in: Upgrade – The European Online Magazine for the IT Professional, II (2001) 6, S. 36–40.
- Etzioni, Amitai (1990): *The Moral Dimension*, New York 1990.

- Fink, Martin (2002): *The Business and Economics of Linux and Open Source*, Upper Saddle River, New Jersey.
- Forst, Rainer (1999): *Das grundlegende Recht auf Rechtfertigung. Zu einer konstruktivistischen Konzeption von Menschenrechten*, in: Brunkhorst, H. / Köhler, W. R. / Lutz-Bachmann, M. (Hg.): *Recht auf Menschenrechte*, Frankfurt am Main, S. 66–105.
- Frohnen, Bruce (1996): *The New Communitarians and the Crisis of Modern Liberalism*, Lawrence/Kansas.
- Gorr, Michael (1995): *Justice, Self-Ownership, and Natural Assets*, in: *Social Philosophy and Policy*, 12 (1995) 2, S. 267–291.
- Grassmuck, Volker (2002): *Wissenskommunismus und Wissenskapitalismus*, in: Weber, K. / Nagenborg, M. / Spinner, H. F. (Hg.): *Wissensarten, Wissensordnungen, Wissensregime*. Opladen, S. 149–160.
- Hertel, Guido / Niedner, Sven / Herrmann, Stefanie (ohne Jahr): *Motivation of Software Developers in Open Source Projects: An Internet-based Survey of Contributors to the Linux Kernel*,  
online <http://opensource.mit.edu/papers/rp-hertelniednerherrmann.pdf>  
(07/2003).
- Himanen, Pekka (2001): *The Hacker Ethic and the Spirit of the Information Age*, London.
- Hobbes, Thomas (1992): *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, Frankfurt am Main.
- Jasay, Anthony de (1999): *Gerechtigkeit*, in: *Analyse & Kritik. Zeitschrift für Sozialwissenschaften*, 21 (1999) 2, S. 143–170.
- Kant, Immanuel (1786, 1999): *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, Hamburg: Felix Meiner 1999 (hier mit GMS bezeichnet, zitiert wird nach der 2. Auflage von 1786).
- Kern, Lucian (2001): *Theorien der Verteilungsgerechtigkeit*, in: Druwe, U. / Kunz, V. / Plümper, Th. (Hg.): *Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie, Folge 1*, Opladen, S. 181–212.
- Kersting, Wolfgang (1996): *Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags*, Darmstadt.
- King, J. J. (1999): *Freie Software ist eine politische Aktion*, in: *Telepolis*, 25.08.1999,  
online <http://www.telepolis.de/deutsch/special/wos/6475/1.html>.
- Krempf, Stefan (2002): *Der Bundestag öffnet sich für Freie Software*, in: *Telepolis*, 28.02.2002,  
online <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/11969/1.html>.
- Kymlicka, Will (1997): *Politische Philosophie heute*, Frankfurt am Main.
- Leist, Anton (2003): *Einleitung: Ethik zwischen Hobbes und Kant*, in: Leist, A. (Hg.): *Moral als Vertrag?* Berlin, S. 1–36.
- Locke, John (1690, 2000): *Two Treatises of Government*, Cambridge.
- Mack, Eric (1995): *The Self-Ownership Proviso: A New and Improved Lockean Proviso*, in: *Social Philosophy and Policy*, 12 (1995) 1, S. 186–218.
- Merton, Robert K. (1985): *Entwicklung und Wandel von Forschungsinteressen*, Frankfurt am Main.
- Moody, Glyn (2001): *Rebel Code. The Inside Story of Linux and the Open Source Revolution*, Cambridge/Massachusetts.

- Morimura, Susumu (1993): *Self-Ownership and Libertarianism*, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, 1 (1993), S. 91–98.
- Mühlbauer, Peter (2000): *Es klingt wie eine Mischung aus „liberal“ und „pubertär“*, in: Telepolis, 08.11.2000,  
online <http://www.telepolis.de/deutsch/special/libi/4221/1.html>.
- Mulhall, Stephen / Swift, Adam (2002): *Liberals & Communitarians*, Malden.
- Nozick, Robert (1974): *Anarchy, State, and Utopia*, New York.
- Nozick, Robert (ohne Jahr): *Anarchie, Staat, Utopia*, München.
- Nussbaum, Martha C. (1999): *Gerechtigkeit oder das gute Leben*, Frankfurt am Main.
- Nussbaum, Martha C. (2000): *Vom Nutzen der Moraltheorie für das Leben*, Wien.
- O'Reilly, Tim (1999): *Schlüsse aus der Open-Source-Software-Entwicklung*, in: Telepolis, 12.07.1999,  
online <http://www.telepolis.de/deutsch/special/wos/6433/1.html>.
- Quirós, Pedro de las Heras / González-Barahona, Jesús M. (2001): *Free Software Today*, in: Upgrade – The European Online Magazine for the IT Professional, II (2001) 6, S. 4–11.
- Raymond, Eric S. (2000a): *Homesteading the Noosphere*,  
online <http://www.catb.org/~esr/writings/homesteading/homesteading/homesteading.ps>, (08/2003).
- Raymond, Eric S. (2000b): *The Magic Cauldron*,  
online <http://www.catb.org/~esr/writings/homesteading/magic-cauldron/magic-cauldron.ps> (08/2003).
- Reese-Schäfer, Walter (1994): *Was ist Kommunitarismus?* Frankfurt am Main.
- Renn, Aaron M. (1998): „Free“, „Open Source“, and Philosophies of Software Ownership, <http://www.urbanophile.com/arenn/hacking/fsvos.html>, (07/2003).
- Robert, Gilbert / Schütz, Frédéric (2001): *Should Business Adopt Free Software?* In: Upgrade – The European Online Magazine for the IT Professional, II (2001) 6, S. 12–19.
- Robles, Gregorio / Scheider, Hendrik / Tretkowski, Ingo / Weber, Niels (2001): *Who Is Doing It? A research on Libre Software developers*, Institut für Informatik und Gesellschaft, TU Berlin,  
online <http://widi.berlios.de/paper/study.pdf>, (07/2003).
- Rorty, Richard (1992): *Postmodernist Bourgeois Liberalism*, in: Arneson, R. J. (Hg.): *Liberalism*, Vol. III. Aldershot 1992, S. 236–242.
- Rössler, Beate (1994): *Gemeinschaft und Freiheit. Zum problematischen Verhältnis von Feminismus und Kommunitarismus*, in: Zahlmann, Chr. (Hg.): *Kommunitarismus in der Diskussion*, Hamburg, S. 74–85.
- Ryan, Alan (1994): *Self-Ownership, Autonomy, and Property Rights*, in: *Social Philosophy and Policy*, 11 (1994) 2, S. 240–258.
- Sandel, Michael J. (1995): *Die verfahrensrechtliche Republik und das ungebundene Selbst*, in: Honneth, A. (Hg.): *Kommunitarismus*. Frankfurt am Main 1993, S. 18–35.
- Söderberg, Johan (2002): *Copyleft vs. Copyright: A Marxist Critique*, in: *First Monday*, 7 (2002) 3,  
online [http://www.firstmonday.org/issues/issue7\\_3/soderberg/index.html](http://www.firstmonday.org/issues/issue7_3/soderberg/index.html).

- Spindler, Gerald (2003): *Rechtsfragen der Open Source Software*, Hg. v. Verband der Softwareindustrie Deutschlands e. V.,  
online [http://www.vsi.de/inhalte/aktuell/studie\\_final\\_safe.pdf](http://www.vsi.de/inhalte/aktuell/studie_final_safe.pdf) (08/2003).
- Spinner, Helmut F. (1994): *Die Wissensordnung*, Opladen.
- Spinner, Helmut F. (2002): *Wissenskommunismus für Wissenskapitalisten – Anachronismus oder Futurismus des Informationszeitalters?* In: Dencker, K. P. (Hg.): *Die Politik der Maschine*, Band 5 der Interface-Reihe, Hamburg 2002, S. 295–324.
- Stallman, Richard M. (1992): *Why Software Should Be Free*,  
online <http://www.fsf.org/philosophy/shouldbefree.html> (08/2003).
- Stallman, Richard M. (2001): *Free Software and Beyond*,  
online <http://www.mikro.org/Events/OS/ref-texte/stallman.html>  
(08/2003).
- Stallman, Richard M. (2002): *Copyright versus community in the age of computer networks*,  
online <http://www.carnall.demon.co.uk/stallman/all.html> (08/2003).
- Stallman, Richard M. (2003): *Some Confusing or Loaded Words and Phrases that are Worth Avoiding*,  
online <http://www.fsf.org/philosophy/words-to-avoid.html> (08/2003).
- Stallman, Richard M. (2001): *Harm from the Hague*, in: Upgrade – The European Online Magazine for the IT Professional, II (2001) 6, S. 20–22.
- Sturma, Dieter (2000): *Universalismus und Neoaristotelismus. Amartya Sen und Martha C. Nussbaum über Ethik und soziale Gerechtigkeit*, in: Kersting, W. (Hg.): *Politische Philosophie des Sozialstaats*, Weilerwist, S. 257–292.
- Taylor, Charles (1992): *Atomism*, in: Kymlicka, W. (Hg.): *Justice in Political Philosophy*, Volume II, Aldershot, S. 337–360.
- Taylor, Charles (1996): *Quellen des Selbst*, Frankfurt am Main <sup>2</sup>1996.
- Walzer, Michael (1992): *The Communitarian Critique of Liberalism*, in: Kymlicka, W. (Hg.): *Justice in Political Philosophy*, Volume II, Aldershot, S. 392–409.
- Wheeler, David A. (2003): *Why Open Source Software/Free Software (OSS/FS)? Look at the Numbers!*  
online [http://www.dwheeler.com/oss\\_fs\\_why.html](http://www.dwheeler.com/oss_fs_why.html) (08/2003).
- Wolff, Jonathan (1991): *Robert Nozick. Property, Justice and the Minimal State*, Stanford/California.
- Young, Robert / Rohm, Wendy Goldman (2000): *Der Red Hat Coup*, Bonn.